AUSSCHUSS FÜR CHANCENGERECHTIGKEIT UND INTEGRATION

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 11.11.2026

Zu Punkt 7
(öffentlich)

Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen - 3. Lesung -

Beratungsgrundlage:
Drucksache: 1912/2025-2030

[…]

Frau Adilovic stellt einen neuen Änderungsantrag, der den Antrag der Grünen ohne Punkt 4 und den Änderungsantrag von Herrn Gugat zusammenführt. Herr Cefeli macht einen Formulierungsvorschlag für den Zusatz von Herrn Gugat. Es erfolgt eine Abstimmung über die Änderungsanträge, sowie eine getrennte Abstimmung über den Punkt 4 aus dem Antrag der Grünen:

1. Änderungsantrag Adilovic:

1. Zeitplan

Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage 2 beigefügten Zeitplan für die jetzige Vertragsperiode umzusetzen und die Fachausschüsse über die jeweiligen Aktivitäten zu informieren.

2. Inhaltliche Schwerpunktthemen

Die Verwaltung wird beauftragt folgende übergreifende Ziele (Querschnittsthemen) sachgerecht mit dem LuF-Prozess zu verknüpfen und entsprechende Maßnahmen in den Dialogischen Gesprächen und weiteren Austauschformaten zwischen den Trägern und Verwaltung zu entwickeln, aufzunehmen und eventuelle Angebotsanpassungen zu begleiten:

- Auswirkungen von Armut, Vereinsamung und sozialer Verelendung entgegenzuwirken
- Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere auch durch Demokratieförderung und -bildung zu stärken
- Sichtbarkeit von Angeboten zu erhöhen, Zugangsbarrieren abzubauen und eine niedrigschwellige Inanspruchnahme zu ermöglichen
- Vorläuferfähigkeiten bei Kindern zu stärken und zu fördern
- Stärkung von Partizipation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte

3. Verfahren bei Problemanzeigen (PA)

Die Verwaltung wird beauftragt, dass in der letzten Vertragsperiode eingeführte Problemanzeigeverfahren mit einem Eingabevordruck anzuwenden, eine Ausfüllhilfe/Gebrauchsanweisung den Trägern zur Verfügung zu stellen

und verbindliche Verfahrensabsprachen/ Leitplanken ämterübergreifend abzustimmen und anzuwenden.

- mehrheitlich beschlossen –

2. Änderungsantrag der Koalition Drs.-Nr. 2309/2025-2030

[…] 2. Inhaltliche Schwerpunktthemen Die Verwaltung wird beauftragt, die Schwerpunktthemen • Frühkindliche Bildung • Kinder- und Jugendarbeit (unter Einbeziehung der Neuentwicklung des Kinder- und Jugendförderplans) • Armut, Vereinsamung und Verelendung entgegenwirken • Teilhabe und Engagement • Psychische Gesundheit • Begegnung fördern, Zugänge schaffen zu entwickeln und stärken, sachgerecht mit dem LuF-Prozess zu verknüpfen und in die Dialogischen Ge spräche und weiteren Austauschformaten zwischen Träger und Verwaltung aufzunehmen und eventuelle Angebotsanpassungen zu begleiten. […]

- mehrheitlich abgelehnt -

3. Änderungsantrag der FDP Drs.-Nr. 2305/2025-2030

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert: Ziffer 4 („Verlängerung der Vertragsperiode von 3 auf 5 Jahre“) wird ersatzlos gestrichen. Die Ziffern 1 bis 3 bleiben unverändert. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen werden auch für die Vertragsperiode ab 2029 weiterhin mit einer Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen.

- mehrheitlich abgelehnt –

4. Punkt 4 aus dem Antrag der Grünen Drs.-Nr. 2306/2025-2030

Verlängerung der Vertragsperiode von 3 auf 5 Jahre […] Dabei muss sichergestellt werden, dass wesentliche qualitative und quantitative Ergebnisse der jährlichen dialogischen Gespräche regelmäßig in den politischen Prozess eingebracht und transparent gemacht werden.

- mehrheitlich beschlossen –

5. Zusammenführung Änderungsantrag Adilovic plus Punkt 4 aus dem Antrag der Grünen

Beschluss:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration empfiehlt, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie dem Jugendhilfeausschuss zu beschließen:

1. Zeitplan

Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage 2 beigefügten Zeitplan für die jetzige Vertragsperiode umzusetzen und die Fachausschüsse über die jeweiligen Aktivitäten zu informieren.

2. Inhaltliche Schwerpunktthemen

Die Verwaltung wird beauftragt folgende übergreifende Ziele (Querschnittsthemen) sachgerecht mit dem LuF-Prozess zu verknüpfen und entsprechende Maßnahmen in den Dialogischen Gesprächen und weiteren Austauschformaten zwischen den Trägern und Verwaltung zu entwickeln, aufzunehmen und eventuelle Angebotsanpassungen zu begleiten:

- Auswirkungen von Armut, Vereinsamung und sozialer Verelendung entgegenzuwirken
- Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere auch durch Demokratieförderung und -bildung zu stärken
- Sichtbarkeit von Angeboten zu erhöhen, Zugangsbarrieren abzubauen und eine niedrigschwellige Inanspruchnahme zu ermöglichen
- Vorläuferfähigkeiten bei Kindern zu stärken und zu fördern
- Stärkung von Partizipation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte

3. Verfahren bei Problemanzeigen (PA)

Die Verwaltung wird beauftragt, dass in der letzten Vertragsperiode eingeführte Problemanzeigeverfahren mit einem Eingabevordruck anzuwenden, eine Ausfüllhilfe/Gebrauchsanweisung den Trägern zur Verfügung zu stellen und verbindliche Verfahrensabsprachen/ Leitplanken ämterübergreifend abzustimmen und anzuwenden.

4. Verlängerung der Vertragsperiode von 3 auf 5 Jahre

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die nächste Vertragsperiode ab dem Jahr 2029 mit einer Vertragslaufzeit von fünf Jahren statt bislang drei Jahren gestaltet werden kann.

Voraussetzung hierfür sind eine Steuerung im Rahmen eines politischen Jahressteuerzyklus (siehe Anlage 3) sowie eine Halbzeitbilanzierung im dritten Jahr der Vertragsperiode (2031).

Die erforderlichen Voraussetzungen und Auswirkungen sind darzustellen.

Dabei muss sichergestellt werden, dass wesentliche qualitative und quantitative Ergebnisse der jährlichen dialogischen Gespräche regelmäßig in den politischen Prozess eingebracht und transparent gemacht werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

170 Kommunales Integrationszentrum, 13.11.2026, 51-2005

An

095 Stab Dezernat 5

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Jugendhilfeausschuss

540 Büro für Sozialplanung

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Schwarz